

MEINUNG

Schuldzuweisungen bringen nichts

Von Kerstin Münstermann

Die AfD zweitstärkste Kraft – gemeinsam mit den Sozialdemokraten. Die aktuelle Sonntagsfrage wirbelt das politische Berlin regelrecht durcheinander.

Die Politik ist aufgeschreckt: Nachdem nun auch im ARD-Deutschlandtrend die AfD in Umfragen mit der Regierungspartei SPD gleichgezogen hat, schieben sich die Koalitionsparteien und die Opposition den schwarzen Peter zu. Wer trägt die Verantwortung? Die Regierung aus SPD, Grünen und FDP streitet wie wild über das Heizungsgesetz und sicher bald auch über den Haushalt, die Union wiederum schafft es nicht, sich mit inhaltlichen Vorschlägen abzusetzen und konstruktiv um Wähler am äußeren Rand zu werben. Was also tun?

Es lohnt, sich die Zahlen etwas näher anzuschauen. Im Deutschlandtrend gaben 67 Prozent der AfD-Anhänger an, die Partei aus Enttäuschung über die anderen Parteien wählen zu wollen. Nur 32 Prozent begründeten ihre Tendenz mit Überzeugung. Heißt: Deutschland hat nicht über Nacht plötzlich lauter neue AfD-Wähler bekommen. Sondern Menschen geben in Umfragen die AfD an, aus Enttäuschung, ja Frust, über die anderen.

Dafür gibt es verschiedene Erklärungen: Unzufriedenheit wegen zunehmender Migration, Energiekrise und Inflation, der Ampel-Dauerstreit oder auch die öffentliche Zuspitzung von Konflikten. Die Union weist vor allem auf das öffentliche Bild der Regierung, das derzeit kein gutes ist. Aber der ausgestreckte Zeigefinger greift zu kurz. Es war immerhin Friedrich Merz, der versprach, mit seiner Wahl zum CDU-Vorsitzenden verbinde sich eine Halbierung der AfD. Davon spricht heute bei der CDU keiner mehr. In der Koalition wiederum wird gerne der öffentliche Diskurs und damit verbundenen Kampagnen gegen die Regierung als Erklärung herangezogen.

Die gegenseitigen Schuldzuweisungen bringen gar nichts. Es ist ein Alarmsignal, das ist richtig. Stattdessen sollten sich alle an die eigene Nase fassen und das machen, was demokratische Parteien tun sollten: Regieren und opponieren, mit guten Ideen, klaren Worten und ohne Scham vor dem Mund. Es geht nicht darum, den Wählern nach dem Mund zu reden, sondern Politik und Veränderungen zu erklären.

Denn – und das ist die große Herausforderung für CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke gleichermaßen – an Änderungen, um den Klimawandel aufzuhalten, führt kein Weg vorbei. Die AfD leugnet Tatsachen, das ist einfach. Eine Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist dagegen die Aufgabe, die die Politik angehen muss. Aber sie muss sie erklären, Menschen mitnehmen. Politik blindlings gegen die Mehrheit zu machen, etwas durchzudrücken, das bringt Frust und Enttäuschung – und am Ende der AfD Stimmen.

Die Koalition hat ein sehr schlechtes öffentliches Bild abgeben in den vergangenen Wochen – die Hauptprotagonisten wissen das selbst. Kommunikativ hat

man sich in Streitereien verloren, die mit der Sache irgendwann nur noch am Rande zu tun hatten. Die Drei-Parteien-Regierung muss nun aufpassen, dass es mit dem sich anbahnenden Streit um den Haushalt nicht dasselbe Desaster wird. Diskussionen ja, öffentliche Beschimpfungen nein, denn das gibt den Anti-Demokraten Futter. Eigentlich nicht so schwer.



KERSTIN MÜNSTERMANN
KORRESPONDENTIN
IN BERLIN
politikredaktion@lkz.de

ZU GUTER LETZT

Die Figuren Ernie und Bert aus der ARD-Kindersendung „Sesamstraße“ haben Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger einen Besuch in ihrem Ministerium abgestattet. „Was ist das denn? Das klingt ja nach einem Raketenantriebsschaden“, mit diesen Worten begrüßte die FDP-Politikerin die bekannten Puppen in einem Video auf der Plattform YouTube. Ernie war zuvor auf der Suche nach einer Reparatur für seine kaputte Mondrakete in das Bildungsministerium in Berlin hineinspaziert. Die „Sesamstraße“ hatte zu Beginn des Jahres ihren 50. Geburtstag gefeiert. In dem Fünf-Minuten-Clip helfe die Politikerin als Geschenk, Ernies Rakete zu reparieren, hieß es in einem Post des Ministeriums auf Twitter. (dpa) Foto: Daniel Reinhardt/dpa



INTERVIEW

„Man muss einen anderen Umgang miteinander finden“

Gökay Sofuoğlu kann nachvollziehen, dass die erneute Wahl Recep Tayyip Erdogans zum Staatspräsidenten der Türkei in Deutschland für Gesprächsstoff sorgt. Verständnis dafür hat der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Baden-Württemberg dafür aber nicht so viel. Im Interview erklärt er, warum das so ist.

FRAGEN VON ULRIKE TRAMPUS
UND BERNHARD LEPPLE

Herr Sofuoğlu, haben Sie den alten und neuen Staatspräsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, schon einmal persönlich getroffen?

GÖKAY SOFUOĞLU: Ja, ich war mit dabei, als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ihn ins Schloss Bellevue zum Essen eingeladen hatte. Ich hatte Gelegenheit, ihm die Hand zu schütteln und mit ihm und seinen Ministern zu reden. Bei seiner Rede, die sehr differenziert war, merkte man aber, dass er gar nicht die Gefühle ausstrahlte, die er hatte, das kam erst, als er frei sprach. Erdogan ist kein Mensch der Versöhnung, denn damit kann er keine Wahlen gewinnen.

Was haben Sie gedacht, als er die Stichwahl gegen Herausforderer Kemal Kilicdaroglu für sich entschied?

Eine Stichwahl ist einmalig in der Geschichte der Türkei. Das gab es noch nie. Es waren freie Wahlen, aber fair waren sie nicht. In den Medien wurde der Herausforderer entweder denunziert oder er kam gar nicht vor. Im Wahlkampf ging es auch nicht um Themen, die für die Türkei wichtig sind, etwa die wirtschaftliche Lage, die Außenpolitik oder den Umgang mit der Erdbebenkatastrophe. Über Inhalte wurde nicht geredet, es wurde emotionalisiert. Unglücklicherweise hat auch Kilicdaroglu stark nationalistische Töne angeschlagen. Inzwischen weiß man doch ganz genau: Wenn man eine Wahl so emotionalisiert, gibt es nur einen Gewinner: Recep Tayyip Erdogan.

Birgt die schlechte Wirtschaftslage in der Türkei sozialen Sprengstoff?

Das türkische Volk ist sehr krisentrainiert. Wohlstand, wie man ihn in Deutschland oder der EU kennt, gab es in der Türkei nie. Viele Menschen haben schon immer so gelebt, wie sie jetzt leben. Deswegen kann eine Wirtschaftskrise allein die Stimmung nicht so schnell kippen. Als zum Beispiel die Zwiebeln teurer geworden sind – sie werden in der Türkei sehr viel gegessen – gab es im Wahlkampf Plakate mit der Aufschrift: „Entscheide dich zwischen der Zwiebel und der Türkei“.

Was bedeutet der Wahlausgang für das deutsch-türkische Verhältnis?

In Europa und auch in Deutschland sehe ich eine gewisse Erleichterung, dass Erdogan gewonnen hat – auch



Gökay Sofuoğlu, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg und Deutschland, beim Interview in der LKZ-Redaktion. Foto: Holm Wolschendorf

aufgrund der Syrienpolitik und des Flüchtlingsabkommens.

Die Rechnung, sich auf Präsident Erdogan zu verlassen, könnte aber nicht aufgehen.

Diese Fehler macht Europa ja immer wieder. Sie wurden mit Putin gemacht, mit China und auch mit Erdogan. Wenn man langfristig denkt, geht das nicht auf. Erdogan ist ein Pragmatiker. Es geht ihm nicht um langfristige Ziele, für ihn zählt der kurzfristige Erfolg. Damit kann er die türkische Öffentlichkeit sehr gut in seiner Hand behalten. So hat er jetzt zum 15. Mal gewonnen.

Der Ditzinger SPD-Bundestagsabgeordnete Macit Karaahmetoglu sagt: „Wir müssen uns mit der Türkei arrangieren.“ Finden Sie das auch?

Die Türkei ist ein wichtiger Partner für Deutschland und Europa. Klar muss man mit ihr zusammenarbeiten. Das geht aber nur, wenn man ihr auf Augenhöhe begegnet. Wenn man mit ihr kooperieren will, dann muss die EU-Perspektive wieder eröffnet werden. Man muss sich an den Verhandlungstisch setzen und konkrete Dinge – auch die Menschenrechte – diskutieren. Aber es müssen auch die Bedürfnisse der Türkei eine Rolle spielen, etwa die Terrorbekämpfung,

denn diese ist aufgrund der geografischen Lage dort ein wichtiges Thema. Alle müssen sich aufeinander zubewegen, sonst wird Erdogan die zwiespältige Haltung Europas immer wieder für sein Machtmonopol instrumentalisieren.

Wo sehen Sie die größte Schnittmenge und Differenz zwischen Deutschland und der Türkei?

Das sind die wirtschaftlichen Beziehungen und auch die drei Millionen türkischstämmigen Menschen in Deutschland. Differenzen sehe ich in der Einschätzung der Türken. Weder können sich die Türken mit Deutschland identifizieren, noch zeigen die Deutschen Bereitschaft, die Türken so zu nehmen, wie sie sind. Ich wünsche mir, dass sich dieser Kampf nach mehreren Generationen erledigt hat. Das geht aber nicht von allein. Man muss sich gegenseitig besser einschätzen lernen und einen anderen Umgang miteinander finden.

Die Ampelregierung plant, die Einbürgerung zu erleichtern und die doppelte Staatsbürgerschaft für Türkischstämmige einzuführen. Könnte dies hilfreich sein?

Die politische Entrenchung der Türkischstämmigen ist ein Grund, der Teilhabe bislang verhindert hat. Ich rede

nicht von einer gescheiterten Integration, denn das ist sie nicht. Aber die Teilhabemöglichkeiten sind leider nicht so, wie man sie sich wünscht. Die doppelte Staatsbürgerschaft könnte eine positive Rolle spielen.

Wenn ein Franzose, Italiener oder Grieche nach Deutschland kommt, kann er innerhalb weniger Monate auf kommunaler Ebene mitbestimmen. Die Italiener in Deutschland haben auch kürzlich gewählt, jetzt ist eine rechte Regierung an der Macht. Aber kein Italiener wurde öffentlich gefragt, wie er gewählt hat. Die Gesinnung der Türkischstämmigen aber wird immer wieder auf die Tagesordnung gebracht.

Warum bescheren denn 67 Prozent der türkischstämmigen Wahlberechtigten in Deutschland ihren Landsleuten in der Türkei einen autokratischen Präsidenten?

Das hängt damit zusammen, wie die Türken in Deutschland die Demokratie hier wahrnehmen. Sie leben teils seit 60 Jahren in einem Land, in dem sie auch auf kommunaler Ebene kein Wahlrecht haben. Sie werden mit Alltagsrassismus konfrontiert. Obwohl in der Bundesregierung darüber diskutiert wird, die Staatsbürgerschaftsvoraussetzungen zu ändern, gehe ich davon aus, dass die Türkischstämmigen wenig Vertrauen haben, dass sich da wirklich etwas ändert.

Genau das sind auch Gründe, warum Erdogan bei vielen Türken in Deutschland als Kümmerer und Identifikationsfigur gilt. Diese Realität muss man erst zur Kenntnis nehmen und versuchen, den Menschen die Sicherheit zu geben, dass sie hierher gehören. Man muss Impulse setzen, Vorbilder in der Gesellschaft schaffen. Die Migranten sind keine Gefahr für das Land, sie können es mitgestalten.

Eines dieser Vorbilder, Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, hat mit seiner Kritik am Wahlverhalten der Türken, die in Deutschland Erdogan gewählt haben, für Aufsehen gesorgt. Macit Karaahmetoglu hat ihm Populismus vorgeworfen. Wie sehen Sie das?

Ich teile die Einschätzung von Özdemir größtenteils. Er attestiert den Türken, aber auch Russlanddeutschen, die dazu neigen AfD zu wählen, eine Autokratiefreundlichkeit. Das muss man als gesamtgesellschaftliches Problem erkennen. Es geht darum, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen und Teilhabe zu ermöglichen. Die Politik hat es versäumt, die Menschen aufzufangen und sie für die Politik in Deutschland zu gewinnen.

Mit Wählerbashing kann man nichts erreichen. 1,5 der drei Millionen Türken in Deutschland sind wahlberechtigt, davon ist die Hälfte zur Wahl gegangen, davon haben 67 Prozent Erdogan gewählt, das sind gerade mal knapp 20 Prozent der Türken in Deutschland. Ist das repräsentativ? Die türkische Gesellschaft in Deutschland ist sehr heterogen.

ZUR PERSON

Gökay Sofuoğlu

1962 wurde Gökay Sofuoğlu in der Türkei geboren. Als er 18 Jahre alt war, wanderte er nach Deutschland aus, studierte Sozialpädagogik und arbeitete auch in Kornwestheim als Sozialarbeiter. Bekannt ist er als Landesvorsitzender (seit 1999) und Bundesvorsitzender (seit 2014) der Türkischen Gemeinde. Kommunalpolitisch ist das SPD-Mitglied im Fellbacher Gemeinderat aktiv. (tr)

► Türkisches Parlament zusammengetreten

In der Türkei ist gestern das am 14. Mai neu gewählte Parlament erstmals zusammengetreten. Die Abgeordneten legten in der Volksvertretung in Ankara ihre Amtseide ab. Die Partei von Präsident Recep Tayyip Erdogan (AKP) und deren Partner sind stärkste Kraft im Parlament. Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt am 28. Mai hatte Amtsinhaber Erdogan nach Angaben der Wahlbehörde rund 52 Prozent der Stimmen erreicht, sein Herausforderer Mehmet Kilicdaroglu kam auf 48 Prozent. Die AKP verlor

bei der Parlamentswahl 27 Sitze und kommt nun auf 268 Sitze. Vier ihrer Abgeordneten gehören der kurdisch-islamistischen Partei Huda Par an, die über die Liste der AKP erstmals ins Parlament gelangte. Gemeinsam mit den Abgeordneten der islamistischen Partei Yeniden Refah und der ultranationalistischen MHP kommen die Erdogan-Unterstützer auf 323 von insgesamt 600 Sitzen. Die für eine Verfassungsänderung nötige Zweidrittelmehrheit erreichen sie damit nicht. Im Nachgang der Wahl hatte es in

Deutschland Diskussionen darüber gegeben, dass von den 1,5 Millionen türkischstämmigen Wahlberechtigten in Deutschland etwa die Hälfte zur Wahl ging und davon 67 Prozent für Erdogan gestimmt hatten. Wie die Tagesschau berichtete, waren es in Österreich 73,8 Prozent, in den Niederlanden 70,4 Prozent und in Frankreich 66,5 Prozent. In Dänemark und Norwegen fiel das Ergebnis für ihn etwas schwächer aus. In der Schweiz, in Polen und in Finnland hingegen holte Kilicdaroglu die Mehrheit. (dpa/red)